S 14 VS 14/12

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Soziales Entschädigungsrecht – Soldatenversorgung – truppenärztliche Behandlung – Schwangerschaft einer Soldatin – Entbindung durch truppenärztlich hinzugezogene zivile Ärzte oder Ärztinnen – truppenärztliche Überweisung – nahtlose Behandlungskette – Schädigung des Kindes beim Geburtsvorgang – Wehrdienstbeschädigung der Mutter – natürliche Einheit von Mutter und Kind – wehrdiensteigentümliche Verhältnisse – alternative Behandlung bei freier Arztwahl – günstigerer hypothetischer Gesundheitszustand – Zurückverweisung
Leitsätze	1. Der Versorgungsanspruch eines während der Schwangerschaft geschädigten Kindes einer Soldatin setzt eine Wehrdienstbeschädigung der Mutter voraus. 2. Die Betreuung und Behandlung einer Soldatin während der Schwangerschaft und Entbindung durch truppenärztlich hinzugezogene zivile Ärzte ist der truppenärztlichen Versorgung zuzurechnen.
Normenkette	SVG § 81f; SVG § 81 Abs 1 Alt 3; SVG § 80 S 1; SEG § 4 Abs 2 Nr 4; SG § 30 Abs 1 S 2 ; BBesG § 69 Abs 2 F: 2004-07-30; BBesG § 69a; BBesG§69Abs2VwV § 4 Abs 2; BBesG§69Abs2VwV § 5 Abs 2; BBesG§69Abs2VwV § 9 Abs 1; BBesG§69Abs2VwV § 19; SGB VII § 12 S 1; BeamtVG § 30 Abs 1 S 2; SGG § 163; SGG § 170 Abs 2 S 2

1. Instanz

Aktenzeichen	S 14 VS 14/12
Datum	02.06.2016

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 VS 48/16
Datum	29.03.2019

3. Instanz

Datum	30.09.2021

Â

Auf die Revision des KlÃ¤gers wird das Urteil des Schleswigâ□□Holsteinischen Landessozialgerichts vom 29.Â MÃ¤rz 2019 aufgehoben, soweit darin die Berufung des KlÃ¤gers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Schleswig vom 2.Â Juni 2016 zurÃ¼ckgewiesen worden ist.

Die Sache wird insoweit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurÃ¼ckverwiesen.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Der KlÃ¤ger begehrt wegen Behandlungsfehlern bei seiner Geburt die Anerkennung von SchÃ¤digungsfolgen als Folge einer WehrdienstbeschÃ¤digung und eine BeschÃ¤digtenrente nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) iVm dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Â

2

Die Mutter des KlÃ¤gers war vom 1.4.2006 bis zum 31.3.2010 Soldatin auf Zeit im Dienst der beklagten Bundesrepublik Deutschland. Zuletzt war sie in S (Schleswig-Holstein) stationiert. Die Beigeladene betreibt in H1 ein Krankenhaus mit einem Perinatalzentrum LevelÂ 1. Dort wurde der KlÃ¤ger am 14.9.2007 geboren. Die vorhergehende ambulante Schwangerschaftsbetreuung erfolgte nicht durch Ã□rzte

der Bundeswehr, sondern auf Kosten der Beklagten durch einen vom Truppenarzt hinzugezogenen niedergelassenen GynÃ¤kologen in H2. Daneben fand eine truppenÃ¤rztliche Mitbetreuung statt. In deren Rahmen wurden der Mutter des KlÃ¤gers wegen ihrer unsicheren gesundheitlichen Situation bei vorzeitiger WehentÃ¤tigkeit vorsorglich entsprechende Ãberweisungen mitgegeben.

Â

3

Am 4.9.2007 stellte sich die Mutter des KlÃ¤gers auf Anraten und Anmeldung des behandelnden GynÃ¤kologen wegen vorzeitiger WehentÃ¤tigkeit im Klinikum N, Klinik H2, vor. Noch am selben Tag wurde sie in das Krankenhaus der Beigeladenen verlegt, weil dieses Ã¼ber die notwendige Ausstattung fÃ¼r die drohende FrÃ¼hgeburt verfÃ¼gte. Nach Absetzen der wehenhemmenden Behandlung wurde zunÃ¤chst eine Spontangeburt versucht, der KlÃ¤ger schlieÃlich aber durch Kaiserschnitt (Sectio) entbunden (31Â + 0Â Schwangerschaftswoche). Nachgeburtlich entwickelte sich bei ihm eine Hirnblutung. Seitdem leidet er an EntwicklungsverzÃ¶gerungen und cerebralen AnfÃ¤llen. Die Kosten der Versorgung in beiden KrankenhÃ¤usern trug die Beklagte.

Â

4

Am 22.12.2010 beantragte der KlÃ¤ger die Anerkennung seiner HirnschÃ¤digung mit ihren weiteren Folgen als WehrdienstbeschÃ¤digung und die GewÃ¤hrung einer Versorgung. Zur BegrÃ¼ndung trug er vor, das Absetzen der Wehenhemmer sei nicht gerechtfertigt gewesen. Bei korrekter Behandlung hÃ¤tten die FrÃ¼hgeburtsbestrebungen noch aufgehalten werden kÃ¶nnen. DarÃ¼ber hinaus sei die Indikation zur Sectio zu spÃ¤t gestellt worden. Die Belastungen im Zusammenhang mit der spÃ¤ten Sectioâ Entscheidung, die BeeintrÃ¤chtigung der Sauerstoffversorgung und die Manipulationen am Kopf im Zusammenhang mit dem ZurÃ¼ckschieben, hÃ¤tten in der frÃ¼hgeburtlichen Situation von ihm nicht ohne SchÃ¤digung kompensiert werden kÃ¶nnen. Diesen Antrag lehnte die Beklagte ab *(Bescheid vom 10.4.2012; Widerspruchsbescheid vom 15.8.2012)*.

Â

5

Die Klage hat das SG abgewiesen *(Gerichtsbescheid vom 2.6.2016)*. Hiergegen haben sowohl der KlÃ¤ger als auch die Beigeladene Berufung eingelegt. Die Berufung des KlÃ¤gers hat das LSG zurÃ¼ckgewiesen. Zur BegrÃ¼ndung hat es im Wesentlichen ausgefÃ¼hrt: FÃ¼r das Versorgungsbegehren liege bereits die notwendige WehrdienstbeschÃ¤digung seiner Mutter nicht vor. Zwar seien SchÃ¤digungen im Rahmen der truppenÃ¤rztlichen Versorgung grundsÃ¤tzlich geeignet, eine WehrdienstbeschÃ¤digung zu begrÃ¼nden. Dies gelte auch, wenn

die Behandlung aufgrund einer Ãberweisung durch den zustÃ¤ndigen Truppenarzt von einem Arzt auÃerhalb der Bundeswehr durchgefÃ¼hrt werde. Bei einer Behandlung in einem zivilen Krankenhaus wegen eines Notfalls liege aber gerade keine Inanspruchnahme der truppenÃ¤rztlichen Versorgung vor. Um eine solche Notfallbehandlung habe es sich gehandelt, als sich die Mutter des KlÃ¤gers am 4.9.2007 aufgrund eigener Entscheidung in der Klinik H2 vorgestellt habe. Weder dieser Vorstellung noch der weiteren Behandlung im Krankenhaus der Beigeladenen habe eine Einâ oder Ãberweisung durch den Truppenarzt oder den behandelnden niedergelassenen GynÃ¤kologen zugrunde gelegen. Etwas anderes ergebe sich auch nicht aus der Ãbernahme der Behandlungskosten durch die Beklagte. Auf diese hÃ¤tten Soldaten in NotfÃ¤llen einen Anspruch, sofern sie bestimmte Vorschriften beachteten. Letztlich kÃ¶nne dies aber dahinstehen. Denn die Mutter des KlÃ¤gers habe selbst keine gesundheitliche SchÃ¤digung durch die Ã¤rztliche Behandlung wÃ¤hrend des Geburtsvorgangs erlitten. Zudem fehle es an der notwendigen Kausalbeziehung zwischen der WehrdienstbeschÃ¤digung der Mutter und der SchÃ¤digung des KlÃ¤gers. Die Berufung der Beigeladenen hat das LSG mangels eigener Beschwer als unzulÃ¤ssig verworfen.

Â

6

Mit seiner Revision rÃ¼gt der KlÃ¤ger die Verletzung der Â§Â§Â 81, 81f SVG. Die geburtshilfliche Behandlung seiner Mutter sei den dem Wehrdienst eigentÃ¼mlichen VerhÃ¤ltnissen zuzurechnen. Die Schwangerschaftsbetreuung sei durch den niedergelassenen GynÃ¤kologen gleichsam als âverlÃ¤ngerter Arm des Truppenarztesâ erfolgt. Dass vorsorglich entsprechende Ãberweisungen vom Truppenarzt ausgestellt worden seien, um bei einer entsprechenden Empfehlung des GynÃ¤kologen direkt stationÃ¤r aufgenommen werden zu kÃ¶nnen, unterstreiche die enge Anbindung der ambulanten und stationÃ¤ren Schwangerschaftsbetreuung an die truppenÃ¤rztliche Versorgung und den soldatischen Sozialbereich. Anders als gesetzlich versicherte Schwangere, die freie Arztwahl hÃ¤tten, sei seine Mutter ihrer Pflicht als Soldatin nachgekommen und habe das nÃ¤chstgelegene Krankenhaus aufgesucht. Im Hinblick auf die drohende FrÃ¼hgeburt sei sie von dort in das nÃ¤chstgelegene geeignete Perinatalzentrum mit freien KapazitÃ¤ten verlegt worden. Zudem enge das LSG den Anspruch aus Â§Â 81f SVG rechtsfehlerhaft ein, indem es neben der vor bzw unter der Geburt eingetretenen SchÃ¤digung des Kindes eine SchÃ¤digung der Schwangeren und spÃ¤teren Mutter als Ursache der SchÃ¤digung des Kindes verlange. Vielmehr hÃ¤tte es erkennen mÃ¼ssen, dass die durch einen geburtshilflichen Behandlungsfehler verursachte StÃ¶rung der âfetoplazentaren Einheitâ stets auch eine GesundheitsstÃ¶rung auf Seiten der Schwangeren sei.

Â

7

Der KlÃ¤ger beantragt,

das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 29.Â MÃ¤rz 2019 zu Ã¤ndern, den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Schleswig vom 2.Â Juni 2016 und den Bescheid der Beklagten vom 10.Â April 2012 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 15.Â August 2012 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, bei ihm eine HirnschÃ¤digung mit ihren weiteren Folgen als Folge einer WehrdienstbeschÃ¤digung anzuerkennen und eine BeschÃ¤digtenrente nach einem Grad der SchÃ¤digungsfolgen von mindestens 25 zu zahlen.

Â

8

Die Beklagte beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

9

Sie verteidigt das LSG-Urteil.

Â

10

Die Beigeladene hat keinen Antrag gestellt.

Â

II

Â

11

Die zulÃ¤ssige Revision des KlÃ¤gers ist im Sinne der Aufhebung des Berufungsurteils und ZurÃ¼ckverweisung der Sache an das LSG begrÃ¼ndet *(* Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGG*)*. Ob der KlÃ¤ger AnsprÃ¼che auf Anerkennung einer HirnschÃ¤digung mit ihren weiteren Folgen als Folge einer WehrdienstbeschÃ¤digung und Zahlung einer BeschÃ¤digtenrente hat, kann der Senat mangels ausreichender Feststellungen des LSG nicht abschlieÃend entscheiden.

Â

12

A.Â Gegenstand des Revisionsverfahrens ist aufgrund der allein vom KlÃ¤ger

eingelegten Revision das Urteil des LSG nur insoweit, als darin die von ihm geltend gemachten AnsprÃ¼che auf Anerkennung (Feststellung) der bei ihm bestehenden HirnschÃ¤digung mit ihren weiteren Folgen als Folge einer WehrdienstbeschÃ¤digung und GewÃ¤hrung einer BeschÃ¤digtenrente nach den Vorschriften des SVG iVm BVG verneint worden sind *(vgl zur notwendigen Konkretisierung der Leistungsklage: BSG Urteil vom 27.9.2018 â□□Â BÂ 9Â V 2/17Â RÂ â□□ BSGEÂ 127, 1 =Â SozR 4â□□3100 Â§Â 1 NrÂ 4, RdNrÂ 15; BSG Urteil vom 2.10.2008 â□□Â BÂ 9Â VG 2/07Â RÂ â□□ juris RdNrÂ 12; BSG Beschluss vom 27.9.2018 â□□Â BÂ 9Â V 16/18Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 9Â ff)*. Nicht Gegenstand des Revisionsverfahrens ist die ZurÃ¼ckweisung der Berufung der Beigeladenen gegen den Gerichtsbescheid des SG durch das LSG.

Â

13

B.Â Die Bundesrepublik Deutschland ist die richtige Beklagte. Im erstinstanzlichen Verfahren ist zum 1.1.2015 durch Â§Â 88 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SVG idF durch ArtÂ 1 NrÂ 12 des Gesetzes zur Ã□bertragung der ZustÃ¤ndigkeiten der LÃ¤nder im Bereich der BeschÃ¤digten- und Hinterbliebenenversorgung nach dem Dritten Teil des SVG auf den Bund vom 15.7.2013 *(BGBlÂ I 2416)* auf der Beklagtenseite ein Beteiligtenwechsel kraft Gesetzes eingetreten. Der zunÃ¤chst beklagte TrÃ¤ger der Versorgungsverwaltung ist aus dem Verfahren ausgeschieden und die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesamt fÃ¼r das Personalmanagement der Bundeswehr, im Wege einer Funktionsnachfolge in das Verfahren eingetreten *(vgl BSG Urteil vom 16.3.2016 â□□Â BÂ 9Â V 4/15Â RÂ â□□ SozR 4â□□3100 Â§Â 65 NrÂ 2 RdNrÂ 13; BSG Urteil vom 18.11.2015 â□□Â BÂ 9Â V 1/15Â RÂ â□□ SozR 4â□□3100 Â§Â 62 NrÂ 3 RdNrÂ 13Â f)*.

Â

14

C.Â Der Senat kann nicht abschlieÃ□end darÃ¼ber entscheiden, ob der KlÃ¤ger AnsprÃ¼che auf Anerkennung einer HirnschÃ¤digung mit ihren weiteren Folgen als Folge einer WehrdienstbeschÃ¤digung und Zahlung einer BeschÃ¤digtenrente hat.

Â

15

Als Rechtsgrundlage fÃ¼r die vom KlÃ¤ger geltend gemachten AnsprÃ¼che kommt allein Â§Â 81f SVG in der seit dem 1.12.2002 inhaltlich unverÃ¤ndert geltenden Fassung des Gesetzes vom 21.12.2004 *(BGBlÂ I 3592)* in Betracht. Danach erhÃ¤lt das Kind einer Soldatin, das durch eine WehrdienstbeschÃ¤digung oder durch eine gesundheitliche SchÃ¤digung der Mutter iS der Â§Â§Â 81a bisÂ 81e SVG wÃ¤hrend der Schwangerschaft unmittelbar geschÃ¤digt wurde, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung

der Vorschriften des BVG.

Â

16

AnsprÃ¼che aufgrund der zweiten Tatbestandsalternative des Â§Â 81f SVG â□□Â â□□durch eine gesundheitliche SchÃ¤digung der Mutter iS der Â§Â§Â 81a bisÂ 81e SVGâ□□Â â□□ werden vom KlÃ¤ger nicht geltend gemacht. Diese ist vorliegend auch nicht einschlÃ¤gig. Die geltend gemachten VersorgungsansprÃ¼che eines Kindes wegen der Folgen einer WehrdienstbeschÃ¤digung nach der ersten Alternative des Â§Â 81f SVG setzen entgegen der Ansicht des KlÃ¤gers eine entsprechende SchÃ¤digung der Mutter voraus *(hierzu unterÂ 1.)*. Der Senat kann auf Grundlage der tatsÃ¤chlichen Feststellungen des LSG nicht abschlieÃ□end entscheiden, ob eine solche, den KlÃ¤ger wÃ¤hrend der Schwangerschaft unmittelbar schÃ¤digende WehrdienstbeschÃ¤digung seiner Mutter vorgelegen hat *(hierzu unterÂ 2.)*.

Â

17

1.Â Der Versorgungsanspruch des Kindes einer Soldatin nach Â§Â 81f SVG wegen der Folgen einer WehrdienstbeschÃ¤digung setzt eine entsprechende SchÃ¤digung der Mutter wÃ¤hrend der Schwangerschaft voraus, die unmittelbar zu einer SchÃ¤digung der Leibesfrucht (des werdenden Kindes) gefÃ¼hrt haben muss. Eine SchÃ¤digung allein der Leibesfrucht, die nicht zugleich als Gesundheitsschaden der Mutter zu werten ist, genÃ¼gt nicht. Dies ergibt eine Auslegung nach dem Wortlaut und der systematischen Einbettung der Norm im SVG *(hierzu unterÂ a)*. BestÃ¤tigt wird die Notwendigkeit einer WehrdienstbeschÃ¤digung der Mutter zudem durch den Inhalt der BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs und von Parallelnormen mit Vorbildcharakter *(hierzu unterÂ b undÂ c)*. Dies bedingt letztlich einen viergliedrigen PrÃ¼fungsaufbau fÃ¼r den Versorgungsanspruch des Kindes einer Soldatin nach Â§Â 81f SVG aufgrund einer WehrdienstbeschÃ¤digung seiner Mutter *(hierzu unterÂ d)*.

Â

18

a)Â Bereits der Wortlaut des Â§Â 81f SVG legt im Zusammenspiel mit dessen systematischer Einbettung im SVG nahe, dass die (PrimÃ¤râ□□)SchÃ¤digung des Kindes Folge einer vorausgegangenen oder jedenfalls zeitgleich eingetretenen (PrimÃ¤râ□□)SchÃ¤digung der Mutter sein muss. Dies ergibt sich allerdings noch nicht eindeutig aus den Worten â□□der Mutterâ□□. Denn diese kÃ¶nnten sich wegen ihrer zentralen Stellung zwischen den Worten â□□durch eine gesundheitliche SchÃ¤digungâ□□ und â□□im Sinne der Â§Â§Â 81a bis�â 81eâ□□ SVG auch nur auf diese Tatbestandsalternative des Â§Â 81f SVG beziehen. Um zweifelsfrei auch auf

den Tatbestand â□□WehrdienstbeschÃ¤digungâ□□ Bezug zu nehmen, mÃ¼ssten sich die Worte â□□der Mutterâ□□ nicht vor, sondern entweder unmittelbar hinter dem Wort â□□WehrdienstbeschÃ¤digungâ□□ oder hinter den Worten â□□im Sinne der Â§Â§Â 81a bisÂ 81eâ□□ SVG befinden. FÃ¼r die Notwendigkeit einer SchÃ¤digung der Mutter spricht jedoch der Aufbau der ersten Tatbestandsalternative â□□Das Kind einer Soldatin, das durch eine WehrdienstbeschÃ¤digung (â□¦) wÃ¤hrend der Schwangerschaft unmittelbar geschÃ¤digt wurdeâ□□. Danach muss die SchÃ¤digung des Kindes gerade â□□durchâ□□ eine WehrdienstbeschÃ¤digung wÃ¤hrend der Schwangerschaft erfolgen. Eine versorgungsrelevante SchÃ¤digung des Kindes setzt also voraus, dass der Tatbestand der WehrdienstbeschÃ¤digung â□□der Mutterâ□□ bereits erfÃ¼llt ist.

Â

19

Gesetzlich definiert ist die WehrdienstbeschÃ¤digung in Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG als eine gesundheitliche SchÃ¤digung, die durch eine Wehrdienstverrichtung, durch einen wÃ¤hrend der AusÃ¼bung des Wehrdienstes erlittenen Unfall oder durch die dem Wehrdienst eigentÃ¼mlichen VerhÃ¤ltnisse herbeigefÃ¼hrt worden ist. Diese Definition ist auch im Rahmen des Â§Â 81f SVG maÃ□geblich. Dies ergibt sich schon aus der systematischen Stellung des Â§Â 81f SVG innerhalb des Ersten Abschnitts des Dritten Teils des SVG, zu dessen Beginn VersorgungsansprÃ¼che ua von Soldaten bei WehrdienstbeschÃ¤digung begrÃ¼ndet werden *(Â§Â 80 SVG)* und der Begriff der WehrdienstbeschÃ¤digung *(Â§Â 81 SVG)* vom Gesetz definiert wird. Die gesundheitliche SchÃ¤digung des Kindes muss also unmittelbar durch eine weitere gesundheitliche SchÃ¤digung (wÃ¤hrend der Schwangerschaft) verursacht worden sein, die ihrerseits wiederum Folge eines der drei in Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG genannten TatbestÃ¤nde ist. Betroffene dieser von der SchÃ¤digung des Kindes abzugrenzenden weiteren SchÃ¤digung kann jedoch nur dessen Mutter sein, deren Stellung als Soldatin den Zugang zu AnsprÃ¼chen nach dem SVG Ã¼berhaupt erst erÃ¶ffnet.

Â

20

b)Â FÃ¼r eine Auslegung des Â§Â 81f SVG, die eine WehrdienstbeschÃ¤digung der Mutter des Versorgung beanspruchenden Kindes verlangt, spricht zudem die BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs der Bundestagsfraktionen SPD und BÃ□NDNIS 90/DIE GRÃ□NEN zum VersorgungsÃ¤nderungsgesetz 2001, durch das Â§Â 81f SVG mit Wirkung vom 1.1.2002 in das SVG eingefÃ¼gt wurde *(ArtÂ 2 NrÂ 44 VersorgungsÃ¤nderungsgesetz 2001 vom 20.12.2001,* BGBlÂ I 3926*)*. Danach sollte mit dieser Regelung â□□ein eigenstÃ¤ndiger Versorgungsschutz fÃ¼r das wÃ¤hrend der Schwangerschaft durch eine WehrdienstbeschÃ¤digung der Mutter geschÃ¤digte Kind geschaffenâ□□ werden *(BTâ□□Drucks 14/7064 SÂ 47 zu NrÂ 44)*. Die WehrdienstbeschÃ¤digung der Mutter sollte danach unmissverstÃ¤ndlich

Voraussetzung fÃ¼r eine Versorgung des hierdurch geschÃ¤digten Kindes sein.

Â

21

c)Â Auch der Blick auf die Parallelnormen des Â§Â 30 AbsÂ 1 SatzÂ 2 undÂ 3, AbsÂ 2 SatzÂ 2 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) und Â§Â 12 SGBÂ VII spricht, zumindest in Fallgestaltungen wie der vorliegenden, fÃ¼r diese Auslegung. Beide Regelungen setzen in ihren auf einen Dienstâ□□ bzw Arbeitsunfall bezogenen Alternativen *(*Â§Â 30 AbsÂ 1 SatzÂ 2 BeamtVG *bzw* Â§Â 12 SatzÂ 1 SGBÂ VII*)* einen Dienstunfall der Beamtin bzw einen Arbeitsunfall der Mutter wÃ¤hrend der Schwangerschaft voraus *(vgl zu* Â§Â 30 BVG*: Kazmaier in StegmÃ¼ller/Schmalhofer/Bauer, Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der LÃ¤nder,* Â§Â 30 BeamtVG *RdNrÂ 33, Stand April 2020; Reich, BeamtVG, 2.Â Aufl 2019, Â§Â 30 RdNrÂ 4; zu* Â§Â 12 SGBÂ VII*: Keller in Hauck/Noftz, SGBÂ VII, KÂ Â§Â 12 RdNrÂ 3b, Stand MÃ¤rz 2019; Palsherm in jurisPKâ□□SGBÂ VII, 2.Â Aufl 2014, Â§Â 12 RdNrÂ 17, Stand 24.6.2019; vgl zur VorgÃ¤ngernorm* Â§Â 555a RVO*: BSG Urteil vom 30.4.1985 â□□Â* 2Â RU 43/84*Â â□□* BSGEÂ 58, 80 *=Â SozR 2200 Â§Â 555a NrÂ 1 â□□Â juris RdNrÂ 17).*

Â

22

Diese Bestimmungen hatten ausweislich der Gesetzesmaterialien Vorbildcharakter fÃ¼r Â§Â 81f SVG. Er wurde â□□in Anlehnungâ□□ an die Regelungen in Â§Â 30 AbsÂ 1 SatzÂ 2 undÂ 3, AbsÂ 2 SatzÂ 2 BeamtVG formuliert *(BTâ□□Drucks 14/7064 SÂ 47 zu NrÂ 44)*, die ihrerseits ebenfalls auf das VersorgungsÃ¤nderungsgesetz 2001 *(ArtÂ 1 NrÂ 20 VersorgungsÃ¤nderungsgesetz 2001 vom 20.12.2001,* BGBlÂ I 3926*)* zurÃ¼ckgehen und seither im Wesentlichen unverÃ¤ndert gelten. Durch diese Regelungen wurde â□□entsprechend der Vorschriftâ□□ des Â§Â 12 SGBÂ VII das wÃ¤hrend der Schwangerschaft durch einen Dienstunfall der Beamtin geschÃ¤digte Kind in den Kreis der UnfallfÃ¼rsorgeberechtigten einbezogen *(BTâ□□Drucks 14/7064 SÂ 35 zu NrÂ 20)*. GrÃ¼nde, derentwegen die SchÃ¤digung der Leibesfrucht im Tatbestand des Â§Â 81f SVG nicht in gleicher Weise auf einer WehrdienstbeschÃ¤digung â□□der Mutterâ□□ beruhen mÃ¼ssen sollte, sind weder aufgrund der EntwurfsbegrÃ¼ndung zu dieser Norm noch â□□Â wie ausgefÃ¼hrtÂ â□□ in anderer Hinsicht erkennbar. Dies unterstreicht letztlich auch der Wortlaut der am 1.1.2025 in Kraft tretenden Nachfolgeregelung zu Â§Â 81f SVG, Â§Â 4 AbsÂ 2 NrÂ 4 SoldatenentschÃ¤digungsgesetz vom 20.8.2021 *(BGBlÂ I 3933; s hierzu BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum Gesetz Ã¼ber die EntschÃ¤digung der Soldatinnen und Soldaten und zur Neuordnung des Soldatenversorgungsrechts, BTâ□□Drucks 19/27523 SÂ 203)*, wonach als WehrdienstbeschÃ¤digung auch gilt, wenn das Kind einer Soldatin durch eine WehrdienstbeschÃ¤digung der Mutter wÃ¤hrend der Schwangerschaft unmittelbar eine primÃ¤re GesundheitsstÃ¶rung erleidet.

Â

23

d)Â Die vorstehenden AusfÃ¼hrungen bedingen letztlich einen viergliedrigen PrÃ¼fungsaufbau fÃ¼r den Versorgungsanspruch des Kindes einer Soldatin nach Â§Â 81f SVG aufgrund einer WehrdienstbeschÃ¤digung seiner Mutter: Danach mÃ¼ssen (1.)Â eine Wehrdienstverrichtung, ein wÃ¤hrend der AusÃ¼bung des Wehrdienstes erlittener Unfall oder die dem Wehrdienst eigentÃ¼mlichen VerhÃ¤ltnisse (2.)Â eine gesundheitliche SchÃ¤digung der (spÃ¤teren) Mutter wÃ¤hrend der Schwangerschaft herbeigefÃ¼hrt haben, durch dieÂ (3.) â□□unmittelbarâ□□ eine SchÃ¤digung des (werdenden) Kindes (der Leibesfrucht) der Soldatin verursacht wurde, die wiederumÂ (4.) gesundheitliche und/oder wirtschaftliche SchÃ¤digungsfolgen beim Kind verursacht hat.

Â

24

2.Â Der Senat kann auf Grundlage der tatsÃ¤chlichen Feststellungen des LSG nicht abschlieÃ□end entscheiden, ob wÃ¤hrend der Schwangerschaft eine WehrdienstbeschÃ¤digung *(hierzu unterÂ a)* der Mutter des KlÃ¤gers vorgelegen hat *(hierzu unterÂ b)*, durch die dieser unmittelbar gesundheitlich geschÃ¤digt worden ist und versorgungsrelevante SchÃ¤digungsfolgen erlitten hat *(hierzu unterÂ c)*.

Â

25

a)Â Die WehrdienstbeschÃ¤digung wird â□□Â wie oben bereits ausgefÃ¼hrtÂ â□□ in Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG gesetzlich definiert. Die GleichstellungstatbestÃ¤nde der nachfolgenden AbsÃ¤tze sind vorliegend ohne Bedeutung. Nach Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG ist WehrdienstbeschÃ¤digung eine gesundheitliche SchÃ¤digung des Soldaten, die durch eine Wehrdienstverrichtung, durch einen wÃ¤hrend der AusÃ¼bung des Wehrdienstes erlittenen Unfall oder durch die dem Wehrdienst eigentÃ¼mlichen VerhÃ¤ltnisse herbeigefÃ¼hrt worden ist. Danach umfasst der Begriff der â□□WehrdienstbeschÃ¤digungâ□□ einen mit dem Wehrdienst zusammenhÃ¤ngenden schÃ¤digenden Vorgang, der zu einer primÃ¤ren SchÃ¤digung des Soldaten gefÃ¼hrt haben muss. Dabei mÃ¼ssen sich der schÃ¤digende Vorgang und die primÃ¤re SchÃ¤digung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststellen lassen, wÃ¤hrend fÃ¼r den ursÃ¤chlichen Zusammenhang eine hinreichende Wahrscheinlichkeit ausreicht *(stRspr; zB BSG Urteil vom 16.12.2014 â□□Â BÂ 9Â V 3/13Â RÂ â□□ SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 14; BSG Urteil vom 25.3.2004 â□□Â BÂ 9Â VS 1/02Â RÂ â□□ SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 1Â â□□ juris RdNrÂ 16; BSG Urteil vom 15.12.1999 â□□Â BÂ 9Â VS 2/98Â RÂ â□□ SozR 3â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 16Â â□□ juris RdNrÂ 14Â ff, jeweils mwN)*. Die nach Â§Â 80 SVG â□□Â und hier nach Â§Â 81f SVGÂ â□□ den

Versorgungsanspruch begrÃ¼ndenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen SchÃ¤digungsfolgen selbst sind nicht Teil des Begriffs der WehrdienstbeschÃ¤digung.

Â

26

Die im Hinblick auf eine SchÃ¤digung der Mutter des KlÃ¤gers durch mÃ¶gliche Fehler bei Einleitung und DurchfÃ¼hrung der Geburt ausschlieÃlich in Betracht kommende 3.Â Variante des Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG â€Â die dem Wehrdienst eigentÃ¼mlichen VerhÃltnisseÂ â€ umfasst nach der stÃndigen Rechtsprechung des BSG alle UmstÃnde, die die LebensumstÃnde eines Soldaten von denen der ZivilbevÃ¶lkerung unterscheiden. Das BSG stellt dabei auf UmstÃnde ab, â€die der Eigenart des Dienstes entsprechen und im Allgemeinen eng mit dem Dienst verbunden sindâ€ *(BSG Urteil vom 16.12.2014 â€Â BÂ 9Â V 3/13Â RÂ â€ SozR 4â€3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 19; BSG Urteil vom 5.7.2007 â€Â BÂ 9/9aÂ VS 3/06Â RÂ â€ BSGEÂ 99, 1Â = SozR 4â€3200 Â§Â 81 NrÂ 3, RdNrÂ 27; BSG Urteil vom 28.5.1997 â€Â 9Â RV 28/95Â â€ BSGE 80, 236Â = SozR 3â€3200 Â§Â 81 NrÂ 14Â â€ juris RdNrÂ 16; BSG Urteil vom 30.1.1991 â€Â 9a/9Â RV 26/89Â â€ juris RdNrÂ 17)*. Der Tatbestand des Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG erfasst damit alle EinflÃ¼sse des Wehrdienstes, die aus der besonderen Rechtsnatur dieses VerhÃltnisses und insbesondere der damit verbundenen BeschrÃnkung der persÃ¶nlichen Freiheit des Soldaten herrÃ¼hren. Letztere erlangt etwa bei der Kasernierung (Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung) nach Â§Â 18 Soldatengesetz (SG) oder bei der Pflicht zur Kameradschaft gemÃ¤Ã Â§Â 12 SG praktische Bedeutung *(Senatsurteil vom 16.12.2014 â€Â BÂ 9Â V 3/13Â RÂ â€ SozR 4â€3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 19)*.

Â

27

Zu den wehrdiensteigentÃ¼mlichen VerhÃltnissen iS des Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG gehÃ¶ren aber auch die Besonderheiten der truppenÃ¤rztlichen Versorgung *(stRspr; zuletzt BSG Urteil vom 16.12.2014 â€Â BÂ 9Â V 3/13Â RÂ â€ SozR 4â€3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 19Â f mwN).* Den Soldaten, die ihrerseits zur Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit verpflichtet sind *(Â§Â 17 AbsÂ 4 SatzÂ 1 SG in der hier anzuwendenden Fassung der Bekanntmachung vom 30.5.2005, BGBlÂ I 1482; heute: Â§Â 17a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SG)*, schuldet der Bund im Rahmen des Dienst- und TreueverhÃltnisses die Sorge fÃ¼r ihr Wohl *(Â§Â 31 SatzÂ 1 SG in der hier maÃgeblichen Fassung der Bekanntmachung vom 30.5.2005, aaO)*. Dieser allgemeine rechtliche Rahmen wird hinsichtlich der gesundheitlichen Belange ausgefÃ¼llt durch den Anspruch des Soldaten auf SachbezÃ¼ge in Form unentgeltlicher truppenÃ¤rztlicher Versorgung nach Â§Â 30 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SG, Â§Â 69 AbsÂ 2 Bundesbesoldungsgesetz *(BBesG; in der hier anzuwendenden Fassung der Bekanntmachung vom 6.8.2002, BGBlÂ I 3020; heute: Â§Â 69a AbsÂ 1 BBesG)*. Dieser Anspruch wird durch die trotz VerstoÃes gegen den

verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalt im Jahr 2007 noch anwendbare, aufgrund von Â§Â 69 AbsÂ 4 BBesG erlassene Allgemeine Verwaltungsvorschrift (VwV) zu Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG *(in der hier anzuwendenden Fassung des Gesetzes vom 14.2.2007, Ministerialblatt des Bundesministeriums der Verteidigung Â 54; heute: Verordnung Ã¼ber die GewÃ¤hrung von HeilfÃ¼rsorge fÃ¼r Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr â□□Â BundeswehrâHeilfÃ¼rsorgeverordnungÂ â□□ vom 11.8.2017,* BGBlÂ I 3250 *, zuletzt geÃ¤ndert durch ArtÂ 2 der Verordnung zur AblÃ¶sung der Heilverfahrensverordnung vom 9.11.2020,* BGBlÂ I 2349*)* grundsÃ¤tzlich abschlieÃ□end konkretisiert *(vgl BVerwG Urteil vom 10.10.2013 â□□Â* 5Â C 29.12*Â â□□* BVerwGEÂ 148, 116 *â□□Â jurisÂ RdNrÂ 12Â ff, 23Â ff).*

Â

28

Die truppenÃ¤rztliche Versorgung wird grundsÃ¤tzlich als Sachleistung gewÃ¤hrt, dh die gesundheitsvorbeugenden, â□□erhaltenden und â□□wiederherstellenden MaÃ□nahmen werden vorrangig von der Bundeswehr mit eigenem Personal, in eigenen Einrichtungen und mit eigenem Material durchgefÃ¼hrt *(BVerwG Urteil vom 27.11.2003 â□□Â* 2Â C 38.02*Â â□□* BVerwGEÂ 119, 265 *â□□Â jurisÂ RdNrÂ 11)*. Die Besonderheit dieser Art der HeilfÃ¼rsorge besteht insbesondere darin, dass der Soldat â□□Â im Unterschied zu einem gesetzlich krankenversicherten BeschÃ¤ftigtenÂ â□□ keine freie Wahl unter den Ã□rzten und KrankenhÃ¤usern hat. Vielmehr muss er sich im Krankheitsfall grundsÃ¤tzlich von BundeswehrÃ¤rzten ambulant oder stationÃ¤r behandeln lassen *(stRspr; zuletzt BSG Urteil vom 16.12.2014 â□□Â* BÂ 9Â V 3/13Â R*Â â□□ SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 19Â f mwN)*. Sinn und Zweck des Versorgungsschutzes bei truppenÃ¤rztlicher Versorgung ist es daher, die Risiken abzudecken, die einerseits aus der Pflicht des Soldaten folgen, fÃ¼r seine Gesundheit zu sorgen, und andererseits bei freier Arztwahl hÃ¤tten vermieden werden kÃ¶nnen *(stRspr; zuletzt BSG Urteil vom 16.12.2014 â□□Â* BÂ 9Â V 3/13Â R*Â â□□ SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 20; BSG Urteil vom 25.3.2004 â□□Â* BÂ 9Â VS 1/02Â R*Â â□□* SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 1*Â â□□ juris RdNrÂ 22, jeweils mwN)*.

Â

29

Diese MaÃ□stÃ¤be gelten auch dann, wenn sich der Bund â□□Â heute auf Grundlage des Â§Â 69a AbsÂ 2 BBesGÂ â□□ zur DurchfÃ¼hrung der unentgeltlichen truppenÃ¤rztlichen Versorgung Erbringern medizinischer Leistungen auÃ□erhalb der Bundeswehr bedient, weil die Versorgung der Soldaten nicht durch medizinisches Personal oder medizinische Einrichtungen der Bundeswehr erfÃ¼llt werden kann. In diesen FÃ¤llen besteht seit jeher die MÃ¶glichkeit, dass die Kosten fÃ¼r eine Behandlung auÃ□erhalb der Bundeswehr Ã¼bernommen werden *(BVerwG Urteil vom 27.11.2003 â□□Â* 2Â C 38.02*Â â□□* BVerwGEÂ 119, 265*Â â□□ jurisÂ RdNrÂ 11)*. In aller Regel wird der vom Truppenarzt hinzugezogene Zivilarzt in einem solchen Fall auf Grundlage eines privatrechtlichen Behandlungsvertrags zwischen ihm und

dem Bund tÃ¤tig *(vgl OLG Hamm Urteil vom 5.4.2019 â□□Â Iâ□□11Â U 83/15, 11Â U 83/15Â â□□ juris RdNrÂ 21)*. Den Weisungen des fÃ¼r den Soldaten zustÃ¤ndigen Bundeswehrarztes unterliegt er dabei allenfalls hinsichtlich des Umfangs seiner TÃ¤tigkeit; eine weitergehende, inhaltliche Weisungsgebundenheit, ist durch die Natur der (fach-)Ã¤rztlichen TÃ¤tigkeit ausgeschlossen. Trotzdem bleibt die Behandlung des BundeswehrangehÃ¶rigen Bestandteil der kraft Ã¶ffentlich-rechtlichen DienstverhÃ¤ltnisses von der Bundeswehr zu gewÃ¤hrenden HeilfÃ¼rsorge *(BGH Beschluss vom 29.2.1996 â□□Â IIIÂ ZR 238/94Â â□□ juris RdNrÂ 5; OLG Hamm Urteil vom 5.4.2019, aaO; vgl auch BGH Urteil vom 6.7.1989 â□□Â IIIÂ ZR 79/88Â â□□ BGHZÂ 108, 230Â â□□ jurisÂ RdNrÂ 25; Schleswig-Holsteinisches OLG Urteil vom 6.6.2014 â□□Â 4Â U 103/12Â â□□ juris RdNrÂ 43; vgl zur Hinzuziehung eines externen Facharztes durch den Anstaltsarzt fÃ¼r die Untersuchung eines Strafgefangenen BGH Urteil vom 26.11.1981 â□□Â IIIÂ ZR 59/80 Â â□□ jurisÂ RdNrÂ 15)*. Die privaten FachÃ¤rzte werden nÃ¤mlich durch die notwendige fachliche Hinzuziehung seitens des Bundeswehrarztes zur Sicherstellung einer medizinisch notwendigen, zweckmÃ¤Ã□igen und ausreichenden truppenÃ¤rztlichen Versorgung in das truppenÃ¤rztliche BehandlungsverhÃ¤ltnis, das hoheitlichen Charakter hat, einbezogen. Die ZivilÃ¤rzte sind in derartigen FÃ¤llen gleichsam als â□□verlÃ¤ngerter Arm des Truppenarztes im Auftrag der Bundeswehrâ□□ tÃ¤tig *(so plastisch Brandenburgisches OLG Urteil vom 12.1.2000 â□□Â 1Â U 18/99Â â□□ juris RdNrÂ 28; Zimmerling/Wingler, jurisPKâ□□BGB, BandÂ 2, 9.Â Aufl 2020, Â§Â 839 RdNrÂ 560)*. Auch aus Sicht des Soldaten wird mit der Behandlung die ihm vom Dienstherrn geschuldete HeilfÃ¼rsorge gewÃ¤hrleistet, unabhÃ¤ngig davon, ob die Behandlung durch den Truppenarzt selbst oder durch einen mangels ausreichender bundeswehreigener Kompetenzen oder KapazitÃ¤ten von diesem hinzugezogenen zivilen Arzt durchgefÃ¼hrt wird *(vgl Hanseatisches OLG Hamburg Urteil vom 2.9.1994 â□□Â 1Â U 15/94Â â□□ SÂ 22 des Umdrucks)*. GesundheitsstÃ¶rungen, die durch Handlungen eines in diesem Rahmen von einem Bundeswehrarzt hinzugezogenen und von einem Soldaten in Anspruch genommenen Zivilarztes verursacht werden, sind grundsÃ¤tzlich geeignet, eine WehrdienstbeschÃ¤digung iS des Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG zu begrÃ¼nden *(vgl BGH Beschluss vom 29.2.1996, aaO RdNr 7; OLG Hamm Urteil vom 5.4.2019, aaO)*.

Â

30

Die den Versorgungsschutz legitimierende wehrdiensteigentÃ¼mliche Besonderheit des Ausschlusses der freien Arztwahl bleibt auch bei der Leistungserbringung durch zivile (Fach-)Ã□rzte und Einrichtungen regelmÃ¤Ã□ig bestehen. MaÃ□geblich fÃ¼r die Frage, in welchen FÃ¤llen eine Behandlung auÃ□erhalb der Versorgung durch TruppenÃ¤rzte stattfinden darf, fÃ¼r den Umfang des Versorgungsanspruchs und die Art und Weise seiner Verwirklichung ist im hier relevanten Zeitraum wiederum die VwV zu Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG *(vgl BVerwG Urteil vom 10.10.2013 â□□Â 5Â C 29.12Â â□□ BVerwGEÂ 148, 116Â â□□ jurisÂ RdNrÂ 11)*. Danach werden Soldatinnen und Soldaten auf truppenÃ¤rztliche Veranlassung fachÃ¤rztliche Untersuchungen und Behandlungen durch nicht der Bundeswehr angehÃ¶rende Ã□rztinnen und Ã□rzte gewÃ¤hrt, wenn fÃ¼r bestimmte Untersuchungen und Behandlungen die

technischen oder personellen Voraussetzungen fehlen oder ein Notfall besteht *(Â§Â 4 AbsÂ 2 VwV zu* Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG*)*. Allerdings sind FachÃ¤rztinnen und -Ã¤rzte im Standortbereich auszuwÃ¤hlen, soweit nicht besondere Ã¤rztliche GrÃ¼nde entgegenstehen. Desgleichen sind Soldatinnen und Soldaten nach Â§Â 5 AbsÂ 2 VwV zu Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG in das nÃ¤chstgelegene, geeignete zivile Krankenhaus einzuweisen, wenn wegen des Gesundheitszustandes der Transport in ein Bundeswehrkrankenhaus nach Ã¤rztlichem Urteil nicht zu verantworten ist oder das Bundeswehrkrankenhaus nicht Ã¼ber geeignete BehandlungsmÃ¶glichkeiten verfÃ¼gt. Dementsprechend hat das BSG bereits in der Vergangenheit auch die Behandlung durch zivile Ãrzte auf Ãberweisung durch den Truppenarzt oder ein Bundeswehrkrankenhaus als von den dem Wehrdienst eigentÃ¼mlichen UmstÃ¤nden geprÃ¤gt angesehen *(zB BSG Urteil vom 16.12.2014 â€Â* BÂ 9Â V 3/13Â R*Â â€ SozR 4â€3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 17, 26; BSG Urteil vom 10.12.1975 â€Â* 9Â RV 338/74*Â â€ SozR 3200 Â§Â 80 NrÂ 2Â â€ jurisÂ RdNrÂ 17; vgl auch BSG Urteil vom 30.1.1991 â€Â* 9a/9Â RV 26/89*Â â€ jurisÂ RdNrÂ 18Â f; BSG Urteil vom 13.12.1984 â€Â* 9aÂ RVs 2/83*Â â€ juris RdNrÂ 22)*. Die im Urteil des 4bâ€Senats des BSG vom 24.3.1987 *(*4bÂ RV 13/86*Â â€* SozR 3200 Â§Â 81 NrÂ 27*; Ã¤hnlich BSG Urteil vom 24.11.1988 â€Â* 9/9aÂ RV 46/87*Â â€* SozR 7380 Â§Â 47 NrÂ 1*)* im Zusammenhang mit der Behandlung eingebrachter Leiden geÃ¤uÃerte, mÃ¶glicherweise entgegenstehende Auffassung hat der nunmehr sachlich ausschlieÃlich zustÃ¤ndige erkennende 9.Â Senat des BSG bereits mit Urteil vom 16.12.2014 aufgegeben *(*BÂ 9Â V 3/13Â R*Â â€ SozR 4â€3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 23)*.

Â

31

b)Â Nicht abschlieÃend entscheiden kann der Senat, ob wÃ¤hrend der Schwangerschaft der Mutter des KlÃ¤gers bei dieser eine WehrdienstbeschÃ¤digung im vorstehend dargestellten Sinn vorgelegen hat. Auf Grundlage der tatsÃ¤chlichen Feststellungen des LSG *(vgl* Â§Â 163 SGG*)* ist die Geburt des KlÃ¤gers im zivilen Krankenhaus der Beigeladenen der truppenÃ¤rztlichen Versorgung seiner Mutter zuzurechnen *(hierzu unterÂ aa)*. Allerdings kann bereits eine primÃ¤re SchÃ¤digung der Mutter auf dieser Grundlage nicht mit der erforderlichen, an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit festgestellt werden *(hierzu unterÂ bb)*. Zudem fehlen Feststellungen dazu, ob die SchÃ¤digung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auf den Besonderheiten der truppenÃ¤rztlichen Versorgung beruht *(hierzu unterÂ cc)*.

Â

32

aa)Â Die Geburt des KlÃ¤gers im Krankenhaus der Beigeladenen ist der truppenÃ¤rztlichen Versorgung seiner Mutter zuzurechnen. Dem steht nicht entgegen, dass das Krankenhaus keine Einrichtung der Bundeswehr ist und die dort beschÃ¤ftigen Ãrzte und PflegekrÃ¤fte nicht der Bundeswehr angehÃ¶ren. Die

medizinische Betreuung und Behandlung der Mutter des KlÃ¤gers wÃ¤hrend der Schwangerschaft und Geburt einschlieÃlich der stationÃ¤ren Versorgung im Krankenhaus der Beigeladenen erfolgte in ErfÃ¼llung ihres Anspruchs gegen die Bundeswehr auf freie HeilfÃ¼rsorge. Zu dessen GewÃ¤hrleistung in Bezug auf schwangere Soldatinnen bediente sich die Bundeswehr im hier relevanten Zeitraum allgemein der fachlich notwendigen Hinzuziehung ziviler Ãrzte, ohne dass die wehrdiensteigentÃ¼mliche Besonderheit des Ausschlusses der freien Arztwahl hierdurch entfiel. Innerhalb des fÃ¼r diese Heranziehung bestehenden rechtlichen Rahmens ist die Behandlung durch zivile FachÃ¤rzte der truppenÃ¤rztlichen Versorgung zuzurechnen.

Â

33

Die Behandlung der Mutter des KlÃ¤gers im Krankenhaus der Beigeladenen war zur ErfÃ¼llung ihres Anspruchs auf freie HeilfÃ¼rsorge im medizinisch notwendigen Umfang erforderlich. Medizinische Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt sind Bestandteil der von der Bundeswehr geschuldeten truppenÃ¤rztlichen Versorgung. Sie sind von den besonderen AnsprÃ¼chen der Soldatinnen nach Â§Â 19 VwV zu Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG umfasst. Danach haben Soldatinnen ua Anspruch auf Ã¤rztliche Betreuung wÃ¤hrend der Schwangerschaft, Hilfe bei der Entbindung durch eine Ãrztin, einen Arzt, eine Hebamme oder einen Entbindungspfleger, GewÃ¤hrung von Arznei-, Verband- und Heilmitteln bei Schwangerschaftsbeschwerden und im Zusammenhang mit der Entbindung sowie auf vollstationÃ¤re Behandlung im Zusammenhang mit der Entbindung im Rahmen des Â§Â 5 AbsÂ 3 VwV zu Â§Â 69 Abs 2 BBesG. Diese AnsprÃ¼che bestehen auch in NotfÃ¤llen, wenn Soldatinnen â Â sofern SanitÃ¤tsoffiziere oder VertragsÃ¤rztinnen/-Ã¤rzte der Bundeswehr nicht oder nicht rechtzeitig zu erreichen sindÂ â andere Ã¤rztliche Hilfe (einschlieÃlich notwendiger Einweisungen ins Krankenhaus) in Anspruch nehmen, bis SanitÃ¤tsoffiziere oder VertragsÃ¤rztinnen/-Ã¤rzte der Bundeswehr die Ã¤rztliche Versorgung Ã¼bernehmen kÃ¶nnen *(Â§Â 9 VwV zu Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG)*. Die besonderen AnsprÃ¼che von Soldatinnen aufgrund von Schwangerschaft und Geburt konnten im Jahr 2007 nicht durch medizinische Einrichtungen oder medizinisches Personal der Bundeswehr erfÃ¼llt werden, weil die Bundeswehr damals Ã¼ber keine eigenen Untersuchungs- und BehandlungskapazitÃ¤ten im Fachbereich GynÃ¤kologie verfÃ¼gte. Die Behandlung wurde statt dessen von zivilen GynÃ¤kologen durchgefÃ¼hrt, wobei es das Truppenarztprinzip erforderte, dass Soldatinnen nur Ã¼ber ihren Truppenarzt an einen zivilen GynÃ¤kologen Ã¼berwiesen werden konnten *(vgl Jahresbericht 2012 des Wehrbeauftragten, BTâDrucks 17/12050 SÂ 37)*. Dies ist zwischen den Beteiligten nicht streitig.

Â

34

Die Schwangerschaftsbetreuung der Mutter des KlÃ¤gers und die Geburtshilfe durch

zivile Ãrzte der Beigeladenen ist â€Â im medizinisch gebotenen UmfangÂ â€ der truppenÃ¤rztlichen Versorgung zuzurechnen. Dies erfordert nicht zwingend, dass der Truppenarzt den behandelnden zivilen Arzt unmittelbar durch eine an diesen adressierte Ãberweisung oder Einweisung zur truppenÃ¤rztlichen Versorgung heranzieht. Vielmehr genÃ¼gt es, wenn der Beginn einer zivilÃ¤rztlichen Behandlungskette auf einer Ãberweisung oder Einweisung durch den Truppenarzt beruht (â€Truppenarztprinzipâ€), die aus zwingenden medizinischen GrÃ¼nden erforderliche Behandlung durch weitere zivile Ãrzte nahtlos an diese truppenÃ¤rztliche Ãberweisung oder Einweisung anknÃ¼pft und sich im Rahmen der geschuldeten, durch die Bundeswehr nicht mit eigenen Ãrzten oder Einrichtungen zu gewÃ¤hrleistenden truppenÃ¤rztlichen Versorgung hÃ¤lt. So liegt es hier.

Â

35

Die ambulante Schwangerschaftsbetreuung der Mutter des KlÃ¤gers wurde auf truppenÃ¤rztliche Veranlassung einem standortnah in H2 niedergelassenen GynÃ¤kologen Ã¼bertragen *(vgl Â§Â 4 AbsÂ 2 NrÂ 1, NrÂ 2 SatzÂ 2 VwV zu* Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG*)* und von diesem auf Kosten der Bundeswehr durchgefÃ¼hrt. Auf Anraten und Anmeldung dieses truppenÃ¤rztlich hinzugezogenen GynÃ¤kologen stellte sich die Mutter des KlÃ¤gers am 4.9.2007 in dem â€Â fÃ¼r sie nÃ¤chstgelegenen *(vgl zu diesem Erfordernis Â§Â 5 AbsÂ 2 VwV zu* Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG*)Â* â€ zivilen Krankenhaus, der Klinik H2, wegen vorzeitiger WehentÃ¤tigkeit vor. Wegen der (bekannten) unsicheren gesundheitlichen Situation in Bezug auf die vorzeitige WehentÃ¤tigkeit hatte der fÃ¼r sie zustÃ¤ndige Truppenarzt nach den Feststellungen des LSG zuvor bereits vorsorglich entsprechende Ãberweisungen ausgestellt. Gerade dies unterstreicht â€Â worauf der KlÃ¤ger zu Recht hinweistÂ â€ die enge Anbindung der zivilen ambulanten und stationÃ¤ren Schwangerschaftsbetreuung seiner Mutter an die truppenÃ¤rztliche Versorgung. Denn durch die vorsorglich ausgestellten Ãberweisungen des zustÃ¤ndigen Truppenarztes sollte gerade beim Auftreten von Komplikationen die notwendige Versorgung der Mutter des KlÃ¤gers umgehend gewÃ¤hrleistet sein und die Notwendigkeit des erneuten Aufsuchens des insoweit fachlich nicht ausreichend qualifizierten Truppenarztes zwecks Ausstellung einer FacharztÃ¼berweisung *(vgl Â§Â 4 AbsÂ 2 VwV zu* Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG*)* oder Krankenhauseinweisung *(vgl Â§Â 5 AbsÂ 2 VwV zu* Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG*)* vermieden werden.

Â

36

Auch die Verlegung der Mutter des KlÃ¤gers in das zivile Krankenhaus der Beigeladenen und die dortige Behandlung sind der truppenÃ¤rztlichen Versorgung zuzurechnen. Diese waren noch am Tag der Vorstellung der Mutter in der Klinik H2 von den dortigen Ãrzten veranlasst worden und rein medizinisch indiziert, weil das Krankenhaus der Beigeladenen â€Â anders als die Klinik H2Â â€ Ã¼ber die

notwendige Ausstattung fÃ¼r die drohende FrÃ¼hgeburt in einem frÃ¼hen Schwangerschaftsstadium verfÃ¼gte. Damit knÃ¼pften sie nahtlos an die ursprÃ¼ngliche Heranziehung eines zivilen GynÃ¤kologen und die von ihm veranlasste Vorstellung in der Klinik H2 an. Zugleich hielt sie sich im Rahmen der der Mutter des KlÃ¤gers von ihrem Dienstherrn zu gewÃ¤hrleistenden HeilfÃ¼rsorge. Denn auch der mehrtÃ¤gige stationÃ¤re Aufenthalt der Mutter des KlÃ¤gers in dem fÃ¼r sie nÃ¤chstgelegenen, fÃ¼r die notwendige Behandlung geeigneten *(vgl zu diesem Erfordernis erneut Â§Â 5 AbsÂ 2 VwV zu* Â§Â 69 Abs 2 BBesG*)* Krankenhaus der Beigeladenen in H1 sowie die dortige Geburtshilfe waren zur Sicherstellung der vom Dienstherren geschuldeten medizinisch notwendigen, zweckmÃ¤Ã□igen und ausreichenden truppenÃ¤rztlichen Versorgung der schwangeren Soldatin geboten *(vgl Â§Â 19 AbsÂ 1 NrÂ 5 iVm Â§Â 5 AbsÂ 3 VwV zu* Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG*)*. Der Zurechnung zur truppenÃ¤rztlichen Versorgung steht â□□Â ebenso wie bei einer ausdrÃ¼cklichen truppenÃ¤rztlichen Einweisung *(siehe oben unterÂ C.2.a)Â â□□* auch in dieser Fallgestaltung nicht entgegen, dass die KrankenhausÃ¤rzte Weisungen des fÃ¼r die Soldatin zustÃ¤ndigen Truppenarztes allenfalls hinsichtlich des Umfangs ihrer TÃ¤tigkeit (hier: stationÃ¤re und geburtshilfliche Versorgung) unterlagen.

Â

37

Der Schlussfolgerung des LSG, wonach es sich bei der Behandlung der Mutter des KlÃ¤gers im Krankenhaus der Beigeladenen um eine Notfallbehandlung auÃ□erhalb der truppenÃ¤rztlichen Versorgung gehandelt habe, vermag der Senat nicht zu folgen. Diese wird von den tatsÃ¤chlichen Feststellungen des LSG nicht getragen. Vielmehr ergibt sich daraus ein ausreichender Zurechnungszusammenhang in Gestalt einer medizinisch indizierten Behandlungskette beginnend mit der truppenÃ¤rztlichen Ã□berweisung der Mutter des KlÃ¤gers an den standortnahen GynÃ¤kologen, der von diesem veranlassten Vorstellung im H2 Krankenhaus und der anschlieÃ□enden Weiterverlegung in das Krankenhaus der Beigeladenen. Allein die Dringlichkeit dieser Verlegung unterbricht den Zurechnungszusammenhang nicht.

Â

38

Insgesamt kann schon aufgrund der vorgenannten, an eine truppenÃ¤rztliche Ã□berweisung nahtlos anknÃ¼pfenden Behandlungskette keine der WehrdiensteigentÃ¼mlichkeit des Geschehens widersprechende freie Arztwahl der Mutter des KlÃ¤gers angenommen werden. Aber selbst wenn man mit dem LSG aus der Nichtfeststellbarkeit einer konkreten truppenÃ¤rztlichen Anweisung, sich zur Behandlung in die Klinik H2 und das Krankenhaus der Beigeladenen zu begeben, den Schluss ziehen wollte, die Mutter des KlÃ¤gers habe diese KrankenhÃ¤user aus eigenem Entschluss aufgesucht, schlÃ¶sse dies eine WehrdienstbeschÃ¤digung nicht notwendig aus. Vielmehr genÃ¼gt fÃ¼r einen anspruchsbegrÃ¼ndenden

wehrdiensteigentÃ¼mlichen Umstand *(Â§Â 81f iVm Â§Â 81 AbsÂ 1 SVG)* bereits die subjektive Vorstellung der Soldatin, zu einem bestimmten Vorgehen verpflichtet zu sein *(vgl BSG Urteil vom 26.2.1986 â□□Â 9aÂ RV 62/83Â â□□ SozR 3200 Â§Â 81 NrÂ 22 â□□Â jurisÂ RdNrÂ 13; BSG Urteil vom 4.10.1984 â□□Â 9a/9Â KLV 1/81Â â□□ BSGEÂ 57, 171 =Â SozR 3200 Â§Â 81 NrÂ 20Â â□□ jurisÂ RdNrÂ 14; vgl auch BSG Urteil vom 12.4.2000 â□□Â BÂ 9Â VS 2/99Â RÂ â□□ SozR 3â□□1750 Â§Â 411 NrÂ 1 Â â□□ jurisÂ RdNrÂ 17)*, sofern sie nach den besonderen UmstÃ¤nden zurzeit dieses Vorgehens annehmen durfte, sie treffe eine solche Pflicht *(vgl BSG Urteil vom 4.10.1984, aaO; vgl zum Recht der gesetzlichen Unfallversicherung BSG Urteil vom 23.6.2020 â□□Â BÂ 2Â U 12/18Â RÂ â□□ SozR 4â□□2700 Â§Â 2 NrÂ 54 RdNrÂ 20; BSG Urteil vom 26.11.2019 â□□Â BÂ 2Â U 8/18Â RÂ â□□ SozR 4â□□2700 Â§Â 8 NrÂ 71 RdNrÂ 13, jeweils mwN)*. Im Hinblick auf die fÃ¼r TruppenÃ¤rzte nach Â§Â 4 AbsÂ 2 NrÂ 1 SatzÂ 4 bzw Â§Â 5 AbsÂ 2 VwV zu Â§Â 69 AbsÂ 2 BBesG geltende Verpflichtung zur Ã□berweisung an FachÃ¤rzte im Standortbereich oder das nÃ¤chstgelegene geeignete Krankenhaus wÃ¤re auch die von der Mutter des KlÃ¤gers mit der RevisionsbegrÃ¼ndung geltend gemachte Vorstellung gerechtfertigt gewesen, als schwangere Soldatin zunÃ¤chst zum Aufsuchen der Klinik H2 verpflichtet gewesen zu sein.

Â

39

bb)Â Die fÃ¼r die Annahme einer WehrdienstbeschÃ¤digung weiter erforderliche (primÃ¤re) SchÃ¤digung der Mutter des KlÃ¤gers kann auf Grundlage der tatsÃ¤chlichen Feststellungen des LSG nicht mit der erforderlichen, an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit festgestellt werden.

Â

40

Nach der Rechtsprechung des BSG setzt die insoweit erforderliche gesundheitliche SchÃ¤digung eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes voraus. Bei einer Ã¤rztlichen Behandlung kann eine SchÃ¤digung danach sowohl in einer VerstÃ¤rkung der dem zu behandelnden Leiden eigentÃ¼mlichen Beschwerden als auch im Auftreten von anderen GesundheitsstÃ¶rungen (im Sinne von Nebenwirkungen oder Komplikationen) liegen. Entsprechendes gilt beim Unterlassen von Ã¤rztlichen MaÃ□nahmen. Zugleich entspricht es dem Sinn und Zweck des Versorgungsschutzes bei truppenÃ¤rztlicher Behandlung auch das Ausbleiben eines Heilerfolgs, also die Fortdauer eines Leidenszustandes, als SchÃ¤digung einzustufen *(vgl BSG Urteil vom 25.3.2004 â□□Â BÂ 9Â VS 1/02Â R Â â□□ SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 1Â â□□ jurisÂ RdNrÂ 21 mwN)*. Ein typischer Fall einer SchÃ¤digung ist ein Ã¤rztlicher Behandlungsfehler *(BSG Urteil vom 12.4.2000 â□□Â BÂ 9Â VS 2/99Â RÂ â□□ SozR 3â□□1750 Â§Â 411 NrÂ 1Â â□□ jurisÂ RdNrÂ 17; BGH Beschluss vom 29.2.1996 â□□Â IIIÂ ZR 238/94Â â□□ juris RdNrÂ 7; Lilienfeld in Knickrehm, Gesamtes Soziales EntschÃ¤digungsrecht, 2012, Â§Â 81 RdNrÂ 44)*. Jedoch setzt die Feststellung einer gesundheitlichen SchÃ¤digung in diesem

Zusammenhang stets den Vergleich des tatsÃ¤chlichen mit einem hypothetischen Gesundheitszustand voraus, wie er sich im Rahmen alternativer BehandlungsmÃ¶glichkeiten ergeben hÃ¤tte. Insoweit genÃ¼gt es allerdings nicht, wenn lediglich nicht ausgeschlossen werden kann, dass bei alternativer Behandlung ein gÃ¼nstigerer Zustand eingetreten wÃ¤re, das Krankheitsgeschehen mithin keinen unabÃ¤nderlichen, schicksalhaften Verlauf genommen hat *(vgl BSG Urteil vom 25.3.2004 â□□Â BÂ 9Â VS 1/02Â RÂ â□□ SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 1Â â□□ juris RdNrÂ 22 mwN)*. Vielmehr muss die PrimÃ¤rschÃ¤digung in Anwendung des fÃ¼r ihre Feststellung allgemein geltenden BeweismaÃ□stabs mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehen *(vgl hierzu zB BSG Urteil vom 16.12.2014 â□□Â BÂ 9Â V 3/13Â RÂ â□□ SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 6 RdNrÂ 14; BSG Urteil vom 25.3.2004 â□□Â BÂ 9Â VS 1/02Â RÂ â□□ SozR 4â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 1Â â□□ juris RdNrÂ 16; BSG Urteil vom 15.12.1999 â□□Â BÂ 9Â VS 2/98Â RÂ â□□ SozR 3â□□3200 Â§Â 81 NrÂ 16Â â□□ juris RdNrÂ 14Â ff, jeweils mwN)*.

Â

41

Vorliegend sind die vom KlÃ¤ger geltend gemachten UmstÃ¤nde grundsÃ¤tzlich geeignet, die Annahme einer gesundheitlichen SchÃ¤digung seiner Mutter im vorstehend dargestellten Sinne zu begrÃ¼nden. Durch die FortfÃ¼hrung der wehenhemmenden Behandlung hÃ¤tte mÃ¶glicherweise die Entbindung durch Kaiserschnitt vermieden werden kÃ¶nnen. WÃ¤re die Indikation zum Kaiserschnitt frÃ¼her gestellt worden, wÃ¤re mÃ¶glicherweise die Entbindung einfacher und mit weniger Beschwerden sowohl fÃ¼r den KlÃ¤ger als auch fÃ¼r seine Mutter erfolgt. Insoweit ist zu berÃ¼cksichtigen, dass auch ein wÃ¤hrend des Geburtsvorgangs entstandener Gesundheitsschaden AnsprÃ¼che des Kindes nach Â§Â 81f SVG zu begrÃ¼nden vermag, weil die Schwangerschaft und damit die Eigenschaft als Leibesfrucht erst mit dem Abschluss der Geburt beendet ist *(vgl zu Â§Â 555a RVO: BSG Urteil vom 30.4.1985 â□□Â 2Â RU 43/84Â â□□ BSGEÂ 58, 80 =Â SozR 2200 Â§Â 555a NrÂ 1Â â□□ juris RdNrÂ 14; vgl auch Keller in Hauck/Noftz, SGBÂ VII, KÂ Â§Â 12 RdNrÂ 3a, Stand MÃ¤rz 2019; Plog/Wiedow, BBG, BandÂ 2, Â§Â 30 BeamtVG RdNrÂ 48, Stand Juni 2017)*. Zudem spricht einiges dafÃ¼r, mit RÃ¼cksicht auf die â□□natÃ¼rliche Einheit von Mutter und Kindâ□□ *(vgl BVerfG Beschluss vom 22.6.1977 â□□Â 1Â BvL 2/74Â â□□ BVerfGEÂ 45, 376 =Â SozR 2200 Â§Â 539 NrÂ 35 â□□ jurisÂ RdNrÂ 44; BSG Urteil vom 30.4.1985 â□□Â 2Â RU 43/84 Â â□□ BSGEÂ 58, 80 =Â SozR 2200 Â§Â 555a NrÂ 1Â â□□ juris RdNrÂ 14)* bzw von Schwangerer und Leibesfrucht in der SchÃ¤digung der Leibesfrucht im Mutterleib zugleich eine SchÃ¤digung der Schwangeren zu sehen, wobei in Konstellationen wie der vorliegenden regelmÃ¤Ã□ig eine â□□Â wenn auch mÃ¶glicherweise nur minimaleÂ â□□ SchÃ¤digung der (werdenden) Mutter selbst vorliegen dÃ¼rfte *(in diesem Sinne auch Keller in Hauck/Noftz, SGB VII, KÂ Â§Â 12 RdNrÂ 3b, Stand MÃ¤rz 2019; Ricke in Kasseler Komm, Â§Â 12 SGBÂ VII RdNrÂ 8a, Stand MÃ¤rz 2021; Schmitt, SGBÂ VII, 4.Â Aufl 2009, Â§Â 12 RdNrÂ 7; vgl auch OLG Oldenburg Urteil vom 14.5.1991 â□□Â 5Â U 22/91Â â□□ juris RdNrÂ 26; OLG Koblenz Urteil vom 28.1.1988 â□□Â 5Â U 1261/85Â â□□ juris RdNrÂ 18Â ff; aA OLG Karlsruhe Beschluss vom 13.6.2003 â□□Â 7Â W 20/03Â â□□ juris RdNrÂ 6)*.

Â

42

Tatsachenfeststellungen zum Vorliegen eines so verstandenen gesundheitlichen Schadens der Mutter hat das LSG nicht getroffen, weshalb dessen Verneinung durch die Vorinstanz rechtlich nicht trÃ¤gt. Lediglich im Tatbestand des Urteils wird mitgeteilt, dass wÃ¤hrend des Verwaltungsverfahrens ein gynÃ¤kologisches Gutachten zu dem Ergebnis gekommen sei, die Hirnblutung beim KlÃ¤ger habe sowohl durch den Druck auf das kindliche KÃ¶pfchen bei WehentÃ¤tigkeit als auch infolge von Verletzungen durch die erschwerte Kindsentwicklung auftreten kÃ¶nnen, und beide Optionen mÃ¼ssten â€bei gegebener FrÃ¼hgeburt auch als schicksalhaft gewertet werdenâ€. Jedoch lÃ¤sst das angegriffene Urteil nicht erkennen, ob sich das LSG das Ergebnis dieses Gutachtens zu eigen macht und ihm folgt. Eine Bindungswirkung *(*Â§Â 163 SGG*)* fÃ¼r den Senat ist daher ausgeschlossen. Die notwendigen Feststellungen zu bestehenden Behandlungsalternativen und zur Wahrscheinlichkeit hiermit verbundener hypothetischer BehandlungsverlÃ¤ufe wird das LSG im wiedererÃ¶ffneten Berufungsverfahren nachzuholen haben, sofern es einen Anspruch des KlÃ¤gers nicht aus anderen GrÃ¼nden auszuschlieÃen vermag.

Â

43

cc)Â Ebenso ist es dem Senat verwehrt, abschlieÃend darÃ¼ber zu entscheiden, ob mit hinreichender Wahrscheinlichkeit wehrdiensteigentÃ¼mliche VerhÃ¤ltnisse die Ursache fÃ¼r einen mÃ¶glichen gesundheitlichen Schaden der Mutter des KlÃ¤gers sind. Hierzu wÃ¤ren Feststellungen dazu erforderlich gewesen, ob diese ohne eine â€ mÃ¶glicherweise auch nur subjektive â€ EinschrÃ¤nkung der freien Arztwahl mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ein anderes Krankenhaus aufgesucht hÃ¤tte und ob andere ÃrzTe (ggf mit anderen Behandlungsmethoden) hinreichend wahrscheinlich einen besseren Behandlungserfolg erzielt hÃ¤tten *(vgl hierzu BSG Urteil vom 25.3.2004 â€Â* BÂ 9Â VS 1/02Â R*Â â€* SozR 4â€3200 Â§Â 81 NrÂ 1 *Â â€ juris RdNrÂ 22)*. Solche Feststellungen hat das LSG, ausgehend von seiner Rechtsansicht zu Recht, nicht getroffen.

Â

44

c)Â Sollte das LSG im Rahmen des erneuten Berufungsverfahrens zu der Ãberzeugung gelangen, dass wÃ¤hrend der Schwangerschaft â€Â also bis zum Abschluss der GeburtÂ â€ eine WehrdienstbeschÃ¤digung der Mutter des KlÃ¤gers eingetreten ist, so wird es weiter zu prÃ¼fen haben, ob der KlÃ¤ger seinerseits hierdurch unmittelbar geschÃ¤digt wurde. Dies erfordert zunÃ¤chst die Feststellung einer vor- oder untergeburtlichen gesundheitlichen SchÃ¤digung des KlÃ¤gers, die â€Â wie auch die Feststellung einer SchÃ¤digung seiner MutterÂ â€ durch einen

Vergleich des tatsÃ¤chlichen mit einem hypothetischen Gesundheitszustand zu erfolgen hat, der sich im Rahmen alternativer BehandlungsmÃ¶glichkeiten ergeben hÃ¤tte. Auch insoweit muss mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehen, dass eine alternative Behandlung zu einem besseren Gesundheitszustand des KlÃ¤gers gefÃ¼hrt hÃ¤tte. Sollte eine WehrdienstbeschÃ¤digung der Mutter zu bejahen sein, dÃ¼rfte dies im vorliegenden Fall sowohl eine SchÃ¤digung des KlÃ¤gers als auch die notwendige Unmittelbarkeit *(vgl hierzu Plog/Wiedow, BBG, BandÂ 2, Â§Â 30 BeamtVG RdNrÂ 45c, Stand JuniÂ 2017)* und KausalitÃ¤t indizieren. SchlieÃlich wird das LSG festzustellen haben, ob die vom KlÃ¤ger geltend gemachten SchÃ¤digungsfolgen tatsÃ¤chlich mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auf der von ihm behaupteten fehlerhaften Behandlung beruhen, und bejahendenfalls darÃ¼ber befinden mÃ¼ssen, nach welchem Grad der SchÃ¤digungsfolgen ihm deswegen BeschÃ¤digtenrente zusteht.

Â

45

D.Â Die Kostenentscheidung bleibt der Entscheidung des LSG im wiedererÃ¶ffneten Berufungsverfahren vorbehalten.

Â

Erstellt am: 14.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024